

Sozial-ökologische Transformation als gesellschafts-politisches Projekt*

Ulrich Brand

Politik begründet sich – vor allem in Krisenzeiten – unter anderem damit, den Menschen in einer Gesellschaft lebbarere Verhältnisse und ihren Wohlstand zu sichern, sie gegen Gefahren und plötzliche Krisen abzusichern, ein gewisses Maß an Gerechtigkeit zu sichern. Doch wie dies geschehen soll, das ist in den letzten Jahren durchaus umstritten.

Die herrschende Politik, gerade in Österreich und Deutschland, lautet: „Weiter wie bisher.“ Die Anpassungsleistungen sind andernorts zu erbringen, nämlich von den sich in einer tiefen Krise befindenden Ländern, insbesondere in Südeuropa. Es wird intensiv Politik gemacht – um Schlimmeres für die bislang weniger von der Krise betroffenen Länder und vor allem für die Vermögensbesitzer zu verhindern. Die dominante öffentliche Diskussion und Politik inszeniert sich geradezu als Sachzwang-Politik. Zur Austerität scheint es keine Alternative zu geben. Dies führt zu Sparpolitiken allerorten, zur Verarmung von Menschen, zur Umverteilung von unten nach oben, zum forcierten Abbau sozialer Rechte und der Demokratie. Doch das sei nur vorübergehend, so wird uns versichert. Das Ziel besteht ja darin, wieder auf den vielversprechenden Wachstumspfad zu gelangen. Alles scheint dem Mantra „Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit“ untergeordnet zu werden. In diesem Kontext findet auch die aktuelle Initiative für ein Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP), das die neoliberale Wirtschaftsrichtung international festschreiben soll, statt. Damit werden vor allem die Machtpositionen derjenigen gesichert, die diese Krise verursacht haben, der ökonomischen Eliten, der Vermögensbesitzer und ihrer politischen Helfer. Attraktive Zukunftsentwürfe sind Fehlanzeige, vielmehr ist Zukunft die Fortführung der Gegenwart. Eben, „weiter so!“

Eine Alternative hierzu wird in Teilen des sozialdemokratischen und davon linken Spektrums formuliert; ich nenne sie der Einfachheit halber keynesianisch. So gab es beispielsweise Anfang März im Europäischen Parlament eine große Konferenz mit dem Titel „Progressive Economy“ (<http://www.progressiveeconomy.eu/de>) von einer gleichnamigen Initiative der europäischen Sozialdemokratie. In einem Plenarvortrag skizzierte der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schultz, seine Version angemessener Politik gegen die zunehmende Ungleichheit. Das ist in der Tat ein zentrales Problem für viele Menschen, etwa Arbeitslosigkeit und ungleich bezahlte Arbeit, insbesondere entlang Geschlechterlinien. Und damit auch Aufgabe für progressive Politik.

Ungleichheit führe, so Schultz, zu wirtschaftlicher Stagnation, weil die Vermögenden ihr Geld auf Finanzmärkten und in Steueroasen anlegen, aber nicht ausreichend investieren oder konsumieren. Joseph Stiglitz (2012) hat in einem zweiten Vortrag die vielen Dimensionen von Ungleichheit eindrucksvoll belegt.

Schultz ging aber in seinem Vortrag weder auf die Debatte um erweiterte oder alterna-

* Dieser Text basiert auf einem Vortrag, den ich am 6. März 2014 in der „Urania“, Berlin gehalten habe und der hier gekürzt und leicht überarbeitet publiziert wird. Georg Feigl danke ich für hilfreiche Anmerkungen zu einer ersten Version des Textes.

tive Wohlstandsverständnisse noch auf ökologische Fragen ein. Machtpolitisch ist für ihn zentral, dass die Finanzmärkte aktuell die Industrie in die Knie zwingen und künftig, dass die Politik wieder das Primat über die Wirtschaft erhält. Die Ökonomie ist die formelle Marktökonomie, die für den Markt produzierten und gegen Geld verkauften Güter und Dienstleistungen. Auf die Nachfrage aus dem Plenum nach dem Stellenwert von Klimapolitik antwortete er, Deutschland zeige doch, dass das gut zusammengehe. Das finde ich etwas konventionell.

Die Austeritätsposition kontrastiert auffällig mit einer anderen Diskussion. Hier wird, in Übereinstimmung mit der an Gleichheit und Verteilung orientierten Politik, ebenso eine dramatische Krisenbeschreibung vorgenommen. Hier erwuchs in den letzten Jahren ein bis weit ins Establishment verbreitetes Unbehagen, dass es so politisch *nicht* weitergeht. Zumindest in der öffentlichen Darstellung. Die Rede ist natürlich vom Klimawandel, den zunehmenden Run auf die Ressourcen des Planeten, die sich teilweise erschöpfen, um deren Aneignung sich Konflikte intensivieren. In dieser Diskussion wurde in den letzten Jahren der Begriff der „sozial-ökologischen“ oder „Großen Transformation“ geprägt (WBGU 2011, Wissen 2012, Brie 2014, Überblick in Brand 2012).

Im Unterschied zu „Wandel“ oder dem immer zahnloser werdenden Begriff der Nachhaltigkeit impliziert der Terminus „sozial-ökologische Transformation“ eine radikale Semantik. Der ebenfalls verwendete Begriff der Großen Transformation stammt von Karl Polanyi (1978/1944), der in seinem vor siebzig Jahren publizierten Buch „The Great Transformation“ den Übergang in den Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert nachzeichnete. Was in dieser Diskussion heute angedacht werden soll, ist eine Heraustransformation aus einem Kapitalismus, der auf fossilen Energieträgern beruht und rastlos Ressourcen und Senken benötigt. Das vielfach postulierte postfossile Zeitalter muss eingeleitet werden. Wie gesagt, diese Diskussion und der dort prominent gewordene Transformationsbegriff werden stark vor dem Hintergrund der Umwelt-, Klima- und Ressourcenkrise geführt.

Manche gehen einen Schritt weiter und denken an eine Große Transformation weg vom neoliberalen Kapitalismus, der nicht nur ökologische Zerstörung, sondern auch gesellschaftliche Spaltung und Entsolidarisierung vorantreibt. Joseph Stiglitz erinnerte bei der genannten Veranstaltung Anfang März noch mal daran, dass in den USA in der Krise zwischen 2009 und 2012 unfassbare 99 Prozent des Einkommensanstiegs beim reichsten ein Prozent der Bevölkerung zu verzeichnen sei. Und in Deutschland die 30 Prozent der Bevölkerung, die am wenigsten verdienen, zwischen den 1990er Jahren und 2008 Rückgänge beim Einkommen hatten (vgl. auch den Beitrag von Marterbauer in diesem Heft). Die Forderung nach einem Ausstieg aus dem Finanzmarktkapitalismus gehört im progressiven politischen Spektrum und auch bei manchen Konservativen zum politischen Grundvokabular. Hier geht es neben ökologischen auch um soziale und wirtschaftliche Dimensionen.

Und eher wenige verstehen darunter eine Raustransformation aus dem Kapitalismus insgesamt, also weg von einer Gesellschaft, in der zentrale Bereiche des gesellschaftlichen Lebens nicht mehr zuvorderst dem Profit- und Wachstumsprinzip unterworfen werden (Thie 2013, Beiträge in Brie 2014). Also nicht nur die Finanzmärkte zu schwächen, sondern die ökonomische und politische Macht des Kapitals insgesamt, seiner die Gesellschaft strukturierenden Dominanz.

In dieser paradoxen Situation – *business-as-usual* à la Merkel, Politisierung der Ungleichheit und Verunsicherung angesichts zunehmender Gefährdungen und einer internationalen Diskussion um alternative Wohlstandsmodelle – wurde Ende 2010 vom Bundestag eine Enquete-Kommission zum Thema „Wachstum, Wohlstand, Lebensqua-

lität“ eingerichtet, die bis April 2013 gearbeitet hat (Deutscher Bundestag 2013; vgl. auch Brand/Pühl/Thimmel 2013).

Dieter Klein (2013: 30-33) sieht die Gefahr, dass es sich beim Begriff der sozial-ökologischen oder Großen Transformation um einen „diffus-unverbindlichen Allerweltsbegriff“ handle, der neben einer radikalen Geste wenig besagt und bewirkt. Und in der Tat bleiben viele Ansätze letztendlich hinter den eigenen Diagnosen zurück. Ein Beispiel hierfür ist das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen. Einer radikalen Diagnose folgen dann doch eher zahnlose Vorschläge: Die Politik soll es richten. Die intensive Diskussion über Grenzen und Möglichkeiten von Staat und Politik im Zeitalter der kapitalistischen Globalisierung bleibt unberücksichtigt.

Welche Transformation?

Wenn über das Projekt einer sozial-ökologischen Transformation nachgedacht wird und nach politisch-praktischen Einsatzpunkten gesucht wird, sollten wir uns zunächst einen Sachverhalt verdeutlichen: Der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, darauf hat Alex Demirovic (2012) immer wieder im Rahmen der Transformations-Debatte hingewiesen, ist selbst eine Logik der Transformation inhärent. Es geht also nicht um ein Ja oder Nein zu bzw. von Veränderung, sondern um die Logik des Wandels bzw. der Transformation. Damit kann eine wichtige Präzisierung des Begriffs der Transformation vorgenommen werden.

Die dominante Logik ist jene des Profitmachens, der Akkumulation von Kapital, der expansiven wirtschaftlichen Aktivitäten; das geht mit den uns bekannten Problemen einher. Die Vernutzung bis zur Übernutzung menschlicher der Arbeitskraft, die vielfach zu Arbeitsverdichtung führt, zu Burnouts und in manchen Branchen zu Informalisierung. Oder mit Marx und Engels gesprochen, die wieder zunehmend zitiert werden: Es erfolgt in der neuen Zeit der sich durchsetzenden kapitalistischen Produktionsweise „die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung ...“ (Marx/Engels 1948/1974: 465) Umwälzung, Erschütterung und Unsicherheit, die in immer kürzeren Abständen zu bemerkenswerten Innovationen führen (beispielsweise in der Medizintechnik oder im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie), gleichzeitig zu einer Potenzierung ökologischer Probleme. Dynamik, die brutal wird, wenn soziale Standards fehlen – wir haben alle noch die Bilder der ausgebrannten Textilfabrik in Bangladesch vor Augen.

Hier entwickelt m. E. der Begriff der sozial-ökologischen Transformation seine Bedeutung. Die herrschende Logik des Wandels, der permanenten Selbstrevolutionierung der bürgerlichen Gesellschaft wird zum Problem (vgl. den Beitrag von Novy in diesem Heft). Sie verursacht immer stärkere und immer unkontrollierbarere Krisen. Der Begriff und die damit verbundenen Strategien haben einiges Potenzial; vor allem für ein progressives Projekt auf der Höhe der Zeit, für das Projekt einer solidarischen Moderne.

Man könnte das als radikalen Reformismus oder als revolutionäre Realpolitik bezeichnen. Dieter Klein (2013) verwendet den Begriff der „doppelten Transformation“, um anzuzeigen, dass es heute und realpolitisch darum geht, in der Krise des neoliberalen Kapitalismus die progressiven Dimensionen unter kapitalistischen Bedingungen zu stärken und gleichzeitig eine umfassendere Transformation im Blick zu haben. Dabei sind die beiden Dimensionen einer doppelten Transformation nicht konsekutiv zu verstehen. Bereits in den hart umkämpften Veränderungen hin zu einem postneoliberalen und progressiven

Kapitalismus scheinen Elemente einer solidarischen und post-kapitalistischen Formation auf, die es zu stärken gilt.

Damit sollen eben jene Probleme und Krisen effektiv bearbeitet werden, die aufgrund des kapitalistischen – nicht nur des neoliberalen – Expansionsdrangs und der Profitorientierung entstehen.

Mein Punkt ist, dass ein progressives Projekt sich angesichts der multiplen Krise nicht über politisches Klein-Klein definiert, sondern über einen Entwurf, der unsere Gesellschaft auf eine andere Grundlage stellt, um Wohlstand zu schaffen und zu sichern (vgl. zur Debatte über Visionen und Wege sozial-ökologischer Transformation: Kammerlander et al. 2013). Nur damit kommt das progressive gesellschaftspolitische Spektrum wieder in die Offensive, gewinnt Glaubwürdigkeit und Gestaltungsmacht.

Doch gesellschaftliche und politische Hegemonie bedarf eines materiellen Kerns, wie Antonio Gramsci formulierte (GH 13: 1567). Es geht natürlich um öffentliche Auseinandersetzungen, um vermeintliche Selbstverständlichkeiten und deren Infragestellung. Es geht aber auch und gerade um lebbare, für die Menschen attraktive Verhältnisse. Und das heute unter Bedingungen starker ökologischer Restriktionen, samt ihren macht- und verteilungspolitischen Implikationen.

Es bedarf also eines neuen Wohlstandmodells, das wir in längst Ansätzen kennen. Andere Formen der Ernährung und Mobilität, der Energieversorgung und Kommunikation, des Wohnens und Kleidens. Wir fangen dabei nicht bei Null an, sondern es gibt ja vielfältige Diskussionen, Vorschläge und praktische Ansätze (Habermann 2012, Felber 2012, Haug 2011, Biesecker und Marterbauer in diesem Heft).

Dazu bedarf es vieler Akteure mit progressivem Anspruch und Handeln, die das vorantreiben. Das sind, oft an den Rändern der Gesellschaft, soziale Bewegungen, das sind, schon eher in der Mitte, progressive Verbände, natürlich die Gewerkschaften und die betriebliche Ebene sowie NGOs. Das sind kritische Menschen und Gruppen in der Wissenschaft, in Denkstätten und den Medien, progressive Unternehmerinnen und Unternehmer. Gerade das kirchliche Spektrum spielt eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Energiegenossenschaften, der Entwicklung ökologischer Landwirtschaft und vielem andere. Das sind die Menschen, die sich vielleicht unorganisiert auf andere Alltagspraxen des Lebens, Arbeiten und Konsumieren einlassen. Die dafür aber auch Angebote erhalten; das entsteht ja meist nicht aus dem Nichts.

Die Parteien bleiben jedoch Kristallisationspunkte und, als Ausdruck und Teil breiterer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, eben auch mögliche treibende Kräfte. Wichtig scheint mir hier, dass die Parteien als privilegierte Akteure im etablierten politischen System kein instrumentelles Verhältnis zu diesen anderen Akteuren haben sollten.

Meine starke Annahme lautet, dass wir einer sozial-ökologischen Transformation nicht nur dringend bedürfen, sondern dass es weiterhin in der österreichischen Gesellschaft und in anderen europäischen Ländern ein Bedürfnis nach Demokratie und Gerechtigkeit, nach ökologisch nachhaltigem Wohlstand gibt. Dies zeigen verschiedenste Umfragen (die natürlich nicht gleichzusetzen sind mit konkreten politischen Initiativen). Doch es fehlt bislang hierfür ein politisches Projekt. Die rot-grüne Wiener Stadtregerung zeigt, wie schwierig es ist, ein umfassendes Projekt zu formulieren bzw. überhaupt den politischen Willen dafür aufzubringen, sich an eine solche Formulierung als breiten gesellschaftlichen Prozess zu machen.

Aktuelle Handlungsblockaden

Zunächst muss ein zentrales Hindernis beseitigt werden: Eingangs habe ich bereits die dominante Austeritätspolitik in Europa genannt. Diese verstärkt die ohnehin in der Politik angelegten Handlungsblockaden: die Rolle von Macht- und Interessenpolitik, Kurzfristorientierung und der häufig reaktive Charakter von Politik, die häufige Zerfaserung von Politik in verschiedene Bereiche. Hier Umwelt, da Wirtschaft, hier Arbeitsmarkt, dort Migration.

Ein weiterer Aspekt ist wichtig, der beim Projekt einer solidarischen Moderne, einer sozial-ökologischen Transformation berücksichtigt werden muss. Die bewusste und demokratische Gestaltung weltgesellschaftlicher Verhältnisse, die Herstellung freier und solidarischer, gerechter und ökologisch nachhaltiger Verhältnisse muss eine Konstellation verändern, die Markus Wissen und ich als „imperiale Produktions- und Lebensweise“ bezeichnen (Brand/Wissen 2011); der Begriff findet bereits in konkretere Forschungen Eingang (vgl. zum Bereich Landwirtschaft und Ernährung Forster 2014).

„Imperial“ ist die Lebensweise des globalen Nordens insofern, als sie einen prinzipiell unbegrenzten – politisch, rechtlich und/oder gewaltförmig abgesicherten – Zugriff auf Ressourcen, Raum, Arbeitsvermögen und Senken andernorts voraussetzt. Die Produktivitäts- und Wohlstandsentwicklung in den Metropolen basierte dabei lange Zeit auf einer für diese sehr vorteilhaften Welt-Ressourcenordnung. Und auf Leid und Elend in vielen Ländern.

Im Prozess der kapitalistischen Globalisierung vertiefte sich die imperiale Lebensweise in zweifacher Richtung: Zum einen wurde der Zugriff auf die globalen Ressourcen und Arbeitskräfte über den Weltmarkt restrukturiert und intensiviert. Die vormals im Norden existierenden fossilistischen Konsummuster wie Automobilität und industrialisierte Agrarprodukte blieben erhalten und wurden intensiviert. Darüber hinaus nahm der Flugverkehr im Zuge seiner Liberalisierung enorm zu, durch die Globalisierung wuchs der Zugriff auf billige Industrieprodukte, die industrialisierte Landwirtschaft expandierte. Die zweite Dimension: Wir erleben derzeit eine dynamische Ausbreitung der imperialen Lebensweisen gerade in den Schwellenländern (Brand/Wissen 2011, Schor 2005, UNEP 2011).

Die sog. dritte Generation der Menschenrechte, d. h. die kollektiven Rechte und das Recht auf Entwicklung sind heute vom Anspruch her im Kern diese Ausbreitung. Um beim Agrarsektor zu bleiben. Die argentinische Pampa, die als fruchtbares Weideland für extensive Viehzucht bekannt war, wurde in den letzten 10 Jahren fast komplett mit gentechnisch verändertem Soja (mittels Saatgut von Monsanto) überzogen – um Futtermittel für die Schweineproduktion in China anzubauen. In Lateinamerika, wo ich mich am ehesten auskenne und Mitglied eines Forschungs- und Arbeitszusammenhangs zum Thema Ressourcen-Extraktivismus bin, wird deutlich, dass auch die progressiven Regierungen ein Modell vorantreiben, das zuvorderst auf der Extraktion von Ressourcen basiert mit allen ökologischen und sozialstrukturellen Implikationen (Svampa 2012, Brand/Dietz 2013).

Diese Konstellation zu politisieren, nicht einfach zu moralisieren, ist eine enorme Aufgabe. Was würde es bedeuten, dass sich – um beim Beispiel zu bleiben – eben nicht ein Wohlstandsverständnis durchsetzt, das ähnlich wie in Europa zunehmenden Fleischkonsum als Ausdruck steigenden Wohlstand symbolisiert, sondern ein gesellschaftlich verankertes Bewusstsein schafft, dass eben der übermäßige Konsum von Fleisch problematische Implikationen hat?

Sozial-ökologische Transformation als Horizont progressiver Politik

Wie kann also eine sozial-ökologische Transformation in eine solidarische Moderne gedacht und angegangen werden? Deutlich wurde in der Bundestags-Enquete, und zwar als parteiübergreifender Konsens, dass die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch aufgrund der vermeintlichen Kraft der Märkte und der vielbeschworenen und erhofften technologischen Optionen nicht funktioniert (Deutscher Bundestag 2013: 430-454).

Es bedarf mehr, einer aktiven Gestaltung und weitgehenderer Veränderungen.

Dafür möchte ich zunächst aus einer Übereinkunft der damaligen Oppositionsparteien, nämlich rot-rot-grün in der Enquete-Kommission des Bundestages zitieren (Union und FDP gingen hier nicht mit, was nicht besonders wunderte): „Sozial-ökologische Fragen, so die Annahme, werden in den Politiken zur Bearbeitung der Krise eine Rolle spielen. Denn es handelt sich nicht lediglich um eine Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern um eine multiple Krise und darauf muss eine politische Antwort gefunden werden. Doch die Krisenstrategien und -politiken sind eben sehr verschieden (und nicht trennscharf voneinander zu trennen). Wir fassen mit dem Begriff der *sozial-ökologischen Transformation* jene Strategien, die auf eine bewusste gesellschaftspolitische Gestaltung zur Bearbeitung der multiplen Krise setzen und nicht zuvorderst auf den kapitalistischen (Welt-)Markt, der vermeintlich auf die ökologischen Probleme mittels Technologien und Knappheitssignalen reagiert. Wie im Adjektiv „sozial-ökologisch“ angezeigt, bedarf es grundlegender Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft sowie ihrer Verhältnisse zu den geologischen, bio-physikalischen Lebensgrundlagen. Dieser Gestaltungsansatz orientiert sich einerseits an der Bewertung unserer Epoche als Anthropozän und andererseits am demokratischen, gerechten und solidarischen Umbau hin zu einer nachhaltigen Produktions- und Lebensweise, wobei die Prinzipien auf die eigene Gesellschaft, auf Europa und die Welt bezogen sind. Entsprechend geht es ebenfalls um den Abbau von sozialen Ungleichheiten sowie um die Umverteilung gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Macht hin zu mehr Gerechtigkeit, insbesondere für die schwächeren Bevölkerungsgruppen. Die Einhegung des kapitalistischen Marktes und der Dominanz des Profitprinzips über eine Ausweitung des Öffentlichen und – wo es sinnvoll ist – des Staates, über die Stärkung öffentlicher, genossenschaftlicher sowie solidarischer Ökonomie, die insgesamt die ökologische Tragfähigkeit der Erde beachten, sind Bestandteile einer solchen Transformation“ (Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 2013: 484).

Wir haben argumentiert, dass dafür die „Ausweitung von Demokratie und Partizipation und eine grundlegende Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft unverzichtbar“ sind (ebd.). Arbeit muss neu bewertet und umverteilt werden, Produktions- und Konsummuster wie auch die Dynamiken von Innovation und Effizienz, Konsistenz und Suffizienz verändert werden. Bezugspunkt ist eine attraktive Produktions- und Lebensweise, nicht „Verzicht“ (ebd.).

Der Horizont einer progressiven sozial-ökologischen Transformation besteht also in einem weitreichenden Umbau der Produktions- und Lebensweise jenseits technologischer Optionen und des Mythos der Entkopplung.

Die Perspektive übersieht nicht: Die oben skizzierte und für viele Menschen attraktive oder zumindest Lebensweise gilt es zu verändern, die Kultur des „Geiz ist geil“ und „Kauf Dich glücklich“. Zumal bislang die Produktions- und Konsumnormen machtvoll von Unternehmen gesetzt werden.

Das Übersehen der mit den ökologischen Problemen einhergehenden Ungleichheiten kommt meines Erachtens in Begriffen wie „Komfortzone“ (Welzer 2013: 133, 237) zum Ausdruck. Das ist für eine kritisch-emanzipatorische Perspektive problematisch, weil es suggeriert, dass alle Gesellschaftsgruppen und Individuen in ähnlichem Maße an der Verursachung der aktuellen, zu verändernden Konstellation beteiligt wären und über mehr oder weniger dieselben Handlungsmöglichkeiten verfügen würden.

Ein Transformationsprozess hin zu einem wirklich nachhaltigen Energie- und Mobilitätssystem, anderen Formen der Landwirtschaft und Ernährung, zu langlebigen Produkten, aber eben auch zumindest für die wohlhabenderen Bevölkerungsteile zu weniger materiellem Konsum, darf nicht auf dem Rücken der Menschen ausgetragen werden. Eine derartige Politik überlässt insbesondere jene Menschen mit weniger Macht und Einfluss nicht sich selbst und fordert von ihnen Verzicht; das ist das tendenziell konservative wachstumskritische Angebot.

Ihnen, mit den normalerweise geringeren Handlungsspielräumen und Erfahrungen von Machtlosigkeit, muss die Angst vor Veränderung genommen werden. „Reform“ reimt sich für die meisten zu sehr auf die Erhöhung von Unsicherheit und Angst, auf Umverteilung von unten nach oben. Deshalb bleiben Verteilungsfragen wichtig; Verteilung von Vermögen und Einkommen, von Macht und Lebenschancen. Sie bleiben zentral im Sinne der Umverteilung vom gesellschaftlichen Oben nach Unten; sie sind die *differentia specifica* progressiver Politik im Unterschied zu wirtschaftsliberalen und vielen konservativen Ansätzen.

Aus einer breiten progressiven Perspektive geht es – wie Hans Thie (2013) in seinem jüngst publizierten Buch schreibt – um „rotes Grün“. Also um eine Verbindung sozialer und ökologischer Fragen und nicht, wie bisher, um ein gegenseitiges Ausspielen. Akteur wäre, über Parteigrenzen hinaus, eine Transformationslinke, die den Zusammenhang konzeptionell und politisch-praktisch herstellt. Zentral hierfür ist ein alternatives Wohlstandmodell.

Ein zentraler Ansatzpunkt ist meines Erachtens gerade in der aktuellen Krise und dem Damoklesschwert steigender Arbeitslosigkeit und zunehmender Prekarisierung, dass ein sozial-ökologischer Umbau mit einer progressiven Arbeitszeitpolitik verknüpft wird. Dabei geht es nicht nur um den Abbau steuerlich begünstigter Überstunden oder um attraktive Modelle von Wochen- und Lebensarbeitszeit. Über das Thema der Arbeitszeitpolitik geraten eben auch ökologische Fragen in den Blick: Jene des Produzierens und Konsumierens um ihrer selbst Willens, der unbedingten Exportorientierung, der Frage, welchen Stellenwert in unserer Gesellschaft Lohnarbeit hat und welchen andere Tätigkeiten wie unbezahlte Sorgearbeit für Jüngere und Ältere oder gesellschaftliches Engagement.

Mit der Transformation in eine solidarische Moderne gehen attraktive Leitbilder einher: Zeitwohlstand, Mäßigung gegenüber den Ansprüchen an Ressourcennutzung und den Selbstverständlichkeiten von Produkten, die der Weltmarkt billig bereitstellt. Frigga Haug (2011) hat das mit dem Begriff der „Vier-in-Einem“-Perspektive gut auf den Punkt gebracht. Im Zentrum steht die Sorge für sich selbst, für andere, für die natürlichen Lebensgrundlagen. Da sind Elemente, die in der feministischen Debatte von Ökonominen längst formuliert, in vielen konkreten Initiativen realisiert werden (Biesecker/Baier 2011, Biesecker in diesem Heft).

Sozialstaatliche Errungenschaften sollten eher ausgebaut als gekürzt werden. Es geht dabei aber nicht lediglich um eine Rückkehr des Staates. Seine materielle Grundlage muss verändert werden, wozu es einer Finanztransaktions- wie auch Vermögensteuer bedarf,

der Unterbindung von Steuerbetrug, höheren Erbschafts- und Spitzensteuersätzen. Doch jenseits von Markt und Staat bedarf es einer Stärkung der Gemeinschaftsgüter, für die sich die Gesellschaft verantwortlich fühlt.

Das alles hat einen drängenden aktuellen Ausgangspunkt. Um ein solches Projekt zu realisieren, dazu muss zum einen die gegenwärtige Austeritätspolitik in Europa gestoppt werden. Doch die Menschen werden das europäische Projekt nur unterstützen, wenn es für Demokratie und eine attraktive Lebensweise steht. Es muss aber auch ernsthafte Antworten auf die ökologische Krise formulieren.

Potenziale der Wachstumskritik

Wie gesagt, es geht um eine andere gesellschaftliche Logik. Und diese Logik wird in der aktuell anhebenden Diskussion um „Jenseits des Wachstums“ am stärksten infrage gestellt und ein Raum für Alternativen geöffnet (Brand 2014).

Die Konstellation, welche das Wirtschaftswachstum als heilige Kuh erscheinen lässt, stellt sich wie folgt dar: Die verteilungspolitische Versöhnungsformel moderner kapitalistischer Gesellschaften ist das in Geld bewertete ökonomische Wachstum. Damit wächst der Verteilungsspielraum von Staat und Tarifparteien. Die historischen Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung haben dazu geführt, dass die wachstums-, wirtschafts- und verteilungspolitischen Dimensionen gesellschaftlicher Entwicklung stark politisiert sind. Andere Aspekte wurden dabei an den Rand gedrängt und teilweise erst später politisiert: etwa jene nach Geschlechtergerechtigkeit, nach den Umweltbelastungen des Wachstums und des Produktionsmodells oder nach den internationalen (imperialen) Voraussetzungen, d. h. die Tatsache, dass Menschen in anderen Ländern zu schlechteren Bedingungen arbeiten und durch den internationalen Handel zum Reichtum in den wohlhabenden Ländern beitragen. Besonders in Zeiten ökonomischer Krisen wird deutlich, was es bedeutet, wenn ökonomisches Wachstum nicht gesichert ist.

Doch wir sind in einer veränderten gesellschaftlichen Konstellation, die von einer zukunftsfähigen Linken zunächst begriffen und dann politisch aufgegriffen werden muss.

Wachstum wird insbesondere unter Bedingungen des Finanzmarktkapitalismus selbst zum destabilisierenden Faktor. Aber eben auch das weitere Wachsen der Produktion von Gütern und Dienstleistung, insbesondere von kurzlebigen Gütern, schafft potenzielle und reale Instabilität. Die Ressourcen müssen beschafft werden, was nicht immer konfliktfrei abläuft; der Klimawandel schafft viele Unsicherheiten inklusive der berüchtigten „Kippunkte“ des lokalen oder regionalen Klimas. Oder des Auftauens von Permafrostböden, womit unvorstellbare Mengen an Methangas freigesetzt werden.

Ein weiterer Aspekt wird in der Postwachstums-Debatte betont. Sozial-ökologische Transformation bedeutet neben Verteilungsfragen: Es geht um eine andere Art und Weise der Produktion und des Lebens: Weniger Autos, und die übrigen mit deutlich reduziertem Energieverbrauch, weniger Flugverkehr und Fleischkonsum sowie eine Umkehr von der hochindustrialisierten zu einer nachhaltigen Landwirtschaft. Doch deutlich weniger Autos zu produzieren, hier einen Konversionsprozess einzuleiten, darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden (Candeias et al. 2011). Andere Formen der Mobilität, die wir ja kennen, aber auch Vermeidung von sog. erzwungener Mobilität müssen gestärkt werden.

Ich gehe einen Schritt weiter. Zentraler Kritikpunkt eines progressiven Wohlstandsverständnisses sind meines Erachtens die Wachstumstreiber, nämlich das kapitalistische

Profit- und Konkurrenzprinzip. Die kapitalistische Dynamik wird angefeuert durch die Dominanz des Tauschwertes über den Gebrauchswert. Das Kapital macht sich auf die rastlose Suche nach Verwertung, ob auf den Finanzmärkten, Investitionen in Industrie oder Dienstleistung, durch den Kauf von Land oder die Ausbeutung von Ressourcen. Der kapitalistischen Wachstumsmaschinerie ist die Tendenz zur Überakkumulation und Überproduktion inhärent. Das führt dazu, dass die Waren mittels einer mächtigen Marketingmaschinerie an die Leute gebracht werden müssen. Teil der Wachstumsmaschine sind aber auch die Abhängigkeit von Erwerbsarbeit, die Finanzierung des Staates.

Damit sind wir an einem Punkt, der in der Debatte um Wachstum, Wachstumskritik und Alternativen bislang kaum eine Rolle spielt. Nämlich der Zusammenhang von wirtschaftlichem Wachstum und kapitalistischer Herrschaft (Brand 2014). Die mannigfaltigen sozialen Verhältnisse, die eine Orientierung am Wirtschaftswachstum erfordern und sich dadurch gleichzeitig absichern, sind kapitalistische Klassen-, rassifizierte und Geschlechterverhältnisse unter höchst asymmetrischen, politisch, kulturell und wirtschaftlich vermittelten internationalen Bedingungen. Das im Denken und Handeln nicht Hinterfragbare sichert Verhältnisse von Dominanz und Unterwerfung, Reichtum und Armut, Einschluss und Ausschluss. Herrschaft ist auch eine bestimmte Form der Politik, nämlich eine an Staat und Parteien ausgerichtete, welche sich stark an der Schaffung politisch angemessener kapitalistischer Wachstumskonstellationen orientiert.

Zugespitzt ausgedrückt: Die Menschen hierzulande werden in der kapitalistischen Wachstumsschlinge gehalten. Bei Angst vor bzw. Strafe des Verlusts ihrer Lebensgrundlage, nämlich der Erwerbsarbeit, und dem damit verbundenen Statusverlust. Die herrschende Produktions- und Lebensweise hat viel mit Herrschaft zu tun. Geiz ist geil und kauf Dich glücklich sind falsche, aber Herrschaft sichernde Versprechen. Der Produktivismus unter dem Diktum globaler Wettbewerbsfähigkeit bedeutet kapitalistische Herrschaft im Betrieb und außerhalb, führt zu Arbeitsverdichtung und Burnout; die kapitalistische Arbeitsteilung ist auch eine geschlechtsspezifische.

Die Degrowth-Bewegung schafft überhaupt wieder gesellschaftliche Vorstellungsräume, anderes als nur die Ausrichtung am Wirtschaftswachstum zu denken.

Und damit die gesellschaftlichen Bedingungen zu schaffen, unter denen Menschen ihre Individualität entfalten und leben können – und zwar in einem solidarischen sozialen Zusammenhang, der ja erst die Bedingung freier Persönlichkeitsentwicklung ist. In der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages erinnerten uns Michael Müller (2011) und Matthias Zimmer (2011) mehrfach daran, diesen Horizont angesichts oder trotz des enormen Problemdrucks nicht aus den Augen zu verlieren.

Daraus folgt eine politisch-strategische Konsequenz: Um die genannten mächtigen Logiken hin zu einer solidarischen Moderne zu verändern bedarf es einer konfliktfähigen Transformationslinken, die nicht nur besser zu verteilen weiß, sondern in die Art und Weise gesellschaftlicher Produktion einzugreifen in der Lage ist. Doch bei Eigentumsfragen geht es bekanntlich ans Eingemachte. Wer bestimmt in diesem Land, in dieser Stadt über die Art und Weise der Energieversorgung?

Das ist ein Kern eines linken Wohlstandsbegriffs, der auf politische Gestaltung, ökologisch verträgliche Produktion und ein attraktives Leben für die Menschen setzt: Die de-stabilisierenden Formen des kapitalistischen Wachstums und die damit verbundenen Interessen müssen verändert werden.

Dazu sind sozial-ökologische Konflikte notwendig, die im Horizont einer sozial-ökologischen Transformation geführt werden.

Auch wenn in Österreich und Deutschland wenig Proteste gegen die Krisenpolitik stattfinden. Immer mehr Menschen wehren sich gegen die Zumutungen aktueller Politik, sie wollen längst anders leben und arbeiten: sozial, ökologisch und gemeinsam. Die Kämpfe gegen Prekarisierung und für gute Arbeit, für selbstbestimmtes Wohnen und lebenswerte Städte, Urban Gardening, solidarische Ökonomie, die Commons Bewegung und die Energiegenossenschaften sind ihre unmittelbaren Antworten. Ihr Protest und ihre Ideen finden jedoch kaum Widerhall in den Talkshows und Expertenrunden. Das Versprechen „Wachstum gleich Wohlstand“ wird immer weniger geglaubt und real erfahren. Und dennoch – das ist die Ambivalenz einer progressiven Position – bleibt steigender materieller Wohlstand eine wichtige Orientierung.

Ausblick: Transformatorische Demokratie

Insgesamt geht es darum, in Parteien und staatlichen Apparaten, Verbänden und Gewerkschaften, Unternehmen und ihren Interessenvertretungen, sozialen Bewegungen und Öffentlichkeit über vielfältige Initiativen sozial-ökologische Transformationen in Gang zu setzen, zu verstärken, zu verteidigen. Es gibt dafür keinen Masterplan, sondern das wird ungleichzeitig stattfinden, mit Sprüngen und Rückschlägen. Es gibt jedoch durchaus ein formulierbares Projekt, bei dem Widersprüche und Konflikte auftreten werden, die gut bearbeitet werden sollten.

Mit einem solchen breiten Verständnis von Veränderung sind wir bei einem weiteren Kernelement emanzipatorischer Politik: Die Demokratisierung der Gesellschaft im Sinne einer kollektiven Diskussion und Entscheidungsfindung in den gemeinsamen Angelegenheiten samt transparenter Formen der Repräsentation (vgl. den Beitrag von Allespach in diesem Heft). Wer kann über gesellschaftliche Angelegenheiten mitbestimmen? Demokratie in Zeiten der Umweltzerstörung bedeutet auch, dass Menschen sich wieder verantwortlich fühlen für Gesellschaft und damit auch für das Verhältnis von Gesellschaft zur Natur.

Ein demokratischer Prozess sozial-ökologischer Transformation bedarf auch der „intellektuellen und moralischen Kompetenzen der Mitspracheberechtigten“ (Marti 2006: 22), wobei dies eher als allgemeiner Hinweis und nicht als klares Einschluss- und Ausschlusskriterium für Beteiligung zu verstehen ist. Dennoch bleibt die Frage wichtig, wer über die Wissens- und Machtressourcen verfügt, um wichtige gesellschaftliche Entwicklungen voranzutreiben oder zu verhindern. Wie werden entsprechend mächtige Interessen eingeholt, deren materielle Grundlagen in Form von Einfluss und Vermögen relativiert?

Ich möchte hier eine Frage formulieren, auf die ich bislang keine Antwort habe. Die liberale Demokratie ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass sie sich langsam entwickelt, dass politische Antworten auf Probleme gründlich diskutiert, viele Perspektiven gehört werden – und durchaus einige ausgeschlossen. Es sind gleichsam permanente Suchbewegungen, wie gesellschaftliche Probleme so bearbeitet werden können, dass sie Gesellschaft nicht überfordern und die herrschenden Interessen nicht zu sehr infrage stellen. Das kann und sollte man aus einer politisch progressiven Perspektive immer wieder kritisieren; dieser Modus von Politik sichert eine gewisse Stabilität, er normiert, ordnet, diszipliniert. Aber er schafft auch Berechenbarkeit, schützt in vielen Fällen vor politischer Willkür.

Drastische Entscheidungen – wie in den letzten Jahren in Deutschland die Agenda 2010 oder in vielen Ländern inklusive Österreich die Bankenrettung – werden am ehesten getroffen, wenn es um die Absicherung der Kapitalinteressen (und der Kernbelegschaften)

und die Position der Vermögenden geht. Ansonsten steht aktuelle Politik – das deutete ich anfangs an – aber für Schließung, für Nicht-Veränderung.

Was ist aber nun, wenn wir aus einer progressiven Perspektive große Sprünge intendieren? Was wäre Konturen einer transformatorischen Demokratie? Wie können die eher radikalen Formen, jene die es mit Kritik am kapitalistischen Wachstum, mit alternativen Wirtschaftsformen, mit den Zumutungen im Alltag ernst nehmen, in einem Transformationsprozess gestärkt werden und Eingang in die Politik finden? Wie können dafür gesellschaftliche Mehrheiten gewonnen werden? Das sind entscheidende Zukunftsfragen.

Literatur

- Biesecker, Adelheid/ Baier, Andrea (2011) Gutes Leben braucht andere Arbeit. Alternative Konzepte in der Diskussion. In: Politische Ökologie 125, München: oekom, 54-62.
- Brand, Ulrich (2012) Green Economy and Green Capitalism: Some Theoretical Considerations. In: Journal für Entwicklungspolitik 28(3), 118-137.
- Brand, Ulrich (2014) Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen grundlegender Wachstumskritik. In: Prokla 44(2), 175, 289-306.
- Brand, Ulrich/ Wissen, Markus (2011) Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirović, Alex/ Dück, Julia/ Becker, Florian/ Bader, Pauline (Hrsg.) VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg, 78-93.
- Brand, Ulrich/ Pühl, Katharina/ Thimmel, Stefan (Hrsg., 2013) Wohlstand – wie anders? Linke Perspektiven. Reihe Manuskripte Nr. 5. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Brand, Ulrich/ Dietz, Kristina (2013) Dialektik der Ausbeutung. Der neue Rohstoffboom in Lateinamerika. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, November, 75-84.
- Brie, Michael (Hrsg., 2014) Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Candeias, Mario/ Rilling, Rainer/ Röttger, Bernd/ Thimmel, Stefan (Hrsg., 2011) Globale Ökonomie des Autos. Mobilität | Arbeit | Konversion. Hamburg: VSA.
- Demirovic, Alex (2012) Reform, Revolution, Transformation. In: Journal für Entwicklungspolitik 28(3), 16-42.
- Deutscher Bundestag (2013) Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft. Drucksache 17/13300.
- Felber, Christian (2012) Die Gemeinwohl-Ökonomie. Wien: Deuticke.
- Forster, Franziskus (2014) „Imperiale Lebensweise, Food Regimes und die Agrarfrage: Zur Manifestation der imperialen Lebensweise im globalen Agrar- und Lebensmittelsystem“. Diplomarbeit an der Universität Wien.
- GH – Antonio Gramsci (1991ff.) Gefängnishefte. Drittes, zwölftes und dreizehntes Heft. Hamburg/ Berlin: Argument.
- Habermann, Friederike (2009) Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag. Königstein/Ts: Ulrike Helmer Verlag.
- Haug, Frigga (2011) Die Vier-in-Einem-Perspektive. Eine Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg: Argument.
- Kammerlander, Moritz/ Buschmann, Daniel/ Mock, Mirijam/ Omann, Ines/ Schanes, Karin/ Jäger, Jill (2013) Visions and Pathways towards Sustainable Development. Working Paper 3/2013 des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Wien.
- Klein, Dieter (2013) Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. Hamburg: VSA.
- Marti, Urs (2006) Demokratie. Das uneingelöste Versprechen. Zürich: Rotpunkt.

- MEW – Marx-Engels-Werke (1848/1974) Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, 461-493.
- Müller, Michael (2011) Aufklärung, Emanzipation, Fortschritt. Drucksache 17(26)31 der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität des Deutschen Bundestages.
- Schor, Juliet B. (2005) Prices and quantities: Unsustainable consumption and the global economy. In: *Ecological Economics* 55, 309-320.
- Stiglitz, Joseph (2012) Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht. München: Siedler.
- Svampa, Maristella (2012) Resource Extractivism and Alternatives: Latin American Perspectives on Development. In: *Journal für Entwicklungspolitik* (28)3, 43-73.
- Thie, Hans (2013) *Rotes Grün*. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft. Hamburg.
- UNEP (2011) Decoupling Natural Resource Use and Environmental Impacts from Economic Growth. Report by the International Resource Panel. UNEP.
- WBGU- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011) Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.
- Wissen, Markus (2012) Post-neoliberale Hegemonie? Zur Rolle des Green-Economy-Konzepts in der Vielfachkrise. In: *Kurswechsel* 2, 28-36.
- Zimmer, Matthias (2011) Fortschritt als bürgerliche Leitvorstellung. Drucksache 17(26)29 der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität des Deutschen Bundestages.